

HÜSKENS KRIKAT HASELOFF: DRAKONISCHE VERORDNUNGEN SIND KEINE EXIT-STRATEGIE. EXPERTENGREMIIUM ERFORDERLICH

April 2020

[corona](#) [Dr. Lydia Hüskens](#), [Exit-Strategie](#) [Haseloff](#)

Kritik an Ministerpräsident Haseloff. Die amtierende FDP-Landesvorsitzende Lydia Hüskens kritisiert Haseloff in der Krisenkommunikation immer wieder die drakonischen Verordnungen zu betonen, müsse die Landesregierung ein klares Konzept für die spürbare Lockerung der massiven Beschränkungen anbieten und die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger und die bedrohten Teile der Volkswirtschaft nach dem 20. April vorzeichnen. Viele kleine Betriebe und zahlreiche Arbeitsplätze seien bei Verweigerung in ihrer Existenz akut bedroht.

Die Landesregierung hat unverzüglich ein Expertengremium ins Leben gerufen, damit die Maßnahmen, die in den verschiedenen Bereichen zu einem normalen Leben notwendig sind, ab dem 20. April - unterstützt von der Expertise ausgewiesener Fachleute - in der bestmöglichen Weise in Gang gesetzt werden könne. „Ganz unabhängig davon, ob und wann die Gemeinschaft der Länder nach Ostern beschließen wird, werden wir einige eigene konkrete Umsetzungsschritte des Landes beschließen. Wir erwarten etwa, wenn Geschäfte ab dem 20. April ggf. mit Maßgaben für die Öffnungszeiten der Schulen und Kitas etwa mit begrenzten Kinderzahlen wieder öffnen dürfen. Einrichtungen zu schließen, sei im Vergleich zu anderen Ländern, leicht gewesen. Den Anspruch an perfektionistische Maßnahmen, die das Land dabei unbedingt vermeiden.

Die aktuelle ad hoc-Stellungnahme der Leopoldina enthält eine Liste von gesundheitsrelevante Maßnahmen, die zu einer schrittweisen Öffnung des öffentlichen Lebens beitragen können. Die Leopoldina erwartet eine weitere Stellungnahme mit Empfehlungen für ein nachhaltiges „Wiederhochfahren“ des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft. Dies wies auch auf die Maßnahmen in Ländern wie Österreich hin. Zudem wird auf die Stellungnahme des Ethikrates. Dieser hat bereits empfohlen, eine Debatte über ein Ende der Einschränkungen zu führen und in diesem Zusammenhang vor "obrigkeitsstaatlicher Vorgehensweise" zu warnen.